

Bureaukratische Wüste. Am 24. Oktober v. J. nach der konservativen Abgeordnete Felsch, einer der beiden Vertreter des Wahlkreises Zellow-Weestow im preussischen Abgeordnetenhaus. Mitte Dezember wurde bekannt, daß die Ersatzwahl auf den 12. Februar und die Abgeordnetenwahl auf den 24. Februar angelegt sei, d. h. also, daß nach einer Wartezeit von nicht weniger als vier Monaten das Mandat wieder neu befehligt werden sollte. Obwohl nun das Gesetz sich, daß möglichst weit mit Rücksicht auf die nahe bevorstehenden allgemeinen Wahlen dieser Termin wieder aufgehoben werde, machten sich die Parteien an die Arbeit, stellten Versammlungen ab, verbreiteten Flugblätter, stellten die Wählerlisten um. Jetzt, plötzlich am 20. Januar, macht der Regierungsräsident von Potsdam bekannt, daß mit Rücksicht auf die Tagung des Provinziallandtags am 23. Februar und den folgenden Tagen der Wahltermin auf einen noch festzusetzenden Zeitpunkt verschoben sei. Wahrscheinlich wird man nun auf die Ersatzwahl völlig verzichten und es lohnte ja auch kaum, einen Abgeordneten in den Landtag zu senden, der vielleicht nur eine Woche lang Gelegenheit hätte, sein Mandat auszuüben. Auf diese Weise aber ist Zellow-Weestow etwa für ein halbes Jahr ohne die ihm zustehende Vertretung abtrüben, und was mindestens ebenso schlimm ist, die Behörde hat die Wähler wie die unmündigen Kinder behandelt. Es ist fraglich, ob ein russischer Gouverneur jemals Rücksichtslosigkeit rühmlicher könnte wie ein preussischer Regierungsräsident.

Der Schwarzburg-Rudolstädter Landtag wurde am Montag mit einer Thronrede eröffnet, nach welcher sich das Haus zunächst mit der Erledigung der schon übergebenen Vorlagen zu befassen haben wird. Außerdem wird dem Landtag die Vorlage eines der schon in Aussicht gestellten Entwurfs eines neubearbeiteten Beamtenbesoldungsgesetzes zugehen. Gleichzeitig wird die Zustimmung zu wesentlichen Verfügungen der Gehälter der Geistlichen und der Volksschullehrer nachgesucht. Auch eine neue Bauordnung soll dem Landtag zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet werden. Wines in der Sitzung vom 6. September v. J. gegebene Anregung folgend, ist nach der Thronrede die künftige Staatsregierung in eingehende Beratungen über das Wahlrecht zum Landtage eingetreten und zu dem Schluß gelangt, daß der Landtag, wenn er anders eine rechte Volksvertretung sein sollte, Vertreter aller Berufsstände und Erwerbszweige aufweisen müsse. Es wird in der Thronrede auch für wünschenswert erachtet, daß an Stelle der von der Höchstbesteuerten 12 Abgeordneten 12 Vertreter der verschiedenen Berufsstände und Erwerbszweige treten. Dem Landtag soll auch eine Vorlage über Veränderung des Grundgesetzes zugehen. Für den außerordentlichen Etat ist der nicht länger hinauszuweisende Bau eines Landkrankenhauses vorgesehen.

Das Schreckliche verhängt! Der deutsche Magistrat in Gruchow übernimmt nunmehr die Kosten der Beteiligung an der Poldung der deutschen Städte zu dem Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers selbst. Bekanntlich hatten die Stadterordneten in ihrer letzten Versammlung in ihrer überwiegenden polnischen Majorität die Kosten hierzu verweigert. Der deutsche Magistrat erhebt aber zugleich Protest gegen den Beschluß der polnischen Mehrheit laut § 56 der Städteordnung und verfolgt die Angelegenheit im Streitverfahren. Die Polen begründen ihr Verhalten mit dem Hinweis auf die Annahme des Verteilungsgesetzes, die füglich beschloffen und auch verchiedentlich bereits angewendet worden ist.

Der Hansabund und die Formen des diplomatischen Dienstes. Der Hansabund hat dem Reichstage Vorschläge zwecks durchgreifender Reform des diplomatischen Dienstes unter dem Gesichtspunkte der stärkeren Berücksichtigung der gewerblichen und industriellen Interessen unterbreitet. Der Hansabund steht auf dem Standpunkt, daß allein die persönliche Eignung und Eignungsgleichheit ausschlaggebend sein darf, gerade für die Befehle der verantwortlichen Stellen unserer auswärtigen Missionen.

Ausland.

Wahlrecht und Generalstreik in Ungarn.

In Ungarn haben die politischen Kreise nach wie vor unter dem Eindrucke der Wahlrechtsvorlage. In beiden bürgerlichen Lagern, sowohl bei den Liberalen wie bei der Regierungspartei steht man mit größter Besorgnis der Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei entgegen, da die Generalstreik-Antikündigung im ganzen Lande die größte Panik hervorgerufen hat. Trotzdem die ungarische Sozialdemokratie in ihren Wahlrechtskämpfen schon gelangt hat, daß sie vor dem äußeren nicht zurückweicht, wollen die Spitzführer an die Vernichtung eines Landes-Generalstreiks nicht recht glauben.

Desto mehr rechnet die Regierung mit dem Generalstreik und versucht insgeheim und öffentlich die Partei mit „Zuckerbrot und Peitsche“ von ihrem Entschlusse abzubringen. Während ein der Regierungspartei sehr nahestehendes Organ die Meldung bringt, der Minister des Innern sei entschlossen, im Falle des Generalstreiks die erst jüngst sanctionierten Ausnahmegesetze anzunehmen, wendet sich das Volksorgan dieses Ministers an die „besonnenen“ Männer der Partei, und versichert ihnen, daß die Wahlrechtsvorlage während der Verhandlung bedeutend abgeändert werde, da schon die bisherigen Erfahrungen dies erforderlich. Am ernstesten wird der Entschluß der Sozialdemokratie in den Kreisen des städtischen Bürgertums gebilligt; dort herrscht helder Schreden. Die energischen Vorbereitungen zum Generalstreik, die allgemeine Begeisterung der Arbeiter im ganzen Lande, lassen an dem Ernst der Situation nicht zweifeln; ein allgemeiner Streik tritt aber in erster Linie das städtische Bürgertum. Die Furcht des ungarischen Bürgertums vor dieser letzten Waffe, zu welcher auch die ungarische Arbeiterschaft gewiß nicht mit leichtem Herzen greift, ist nur zu gerechtfertigt. Wer in den letzten Massenversammlungen die Arbeiterschaft aufzumuntern sah, wer in den Seelen dieser Arbeiter zu lesen verstand, der muß sich sagen, daß es sich da um einen Kampf handelt, der nur mit der endgültigen Niedertrugung des Gegners enden kann.

Die Ereignisse des vergangenen Jahres zeigten zur Genüge, daß, soweit die innere Verfassung in Frage kommt, Ungarn im europäischen Staatengebilde noch eine Sonderstellung einnimmt. Wohl hat das Land seine gesetzgebenden Faktoren, jedoch werden die Gesetze eingehalten oder umgangen, je nachdem dies die rohe Gewalt für gut befindet. Im ungarischen Reichstage tritt der Präsident die Gesetze mit Füßen und wird von den Gesetzgebern subjugiert. Im Horn aber diesen Zustand feuert ein politischer Gegner seine Wut auf den höchsten Funktionär des Reichstages, und er wird in öffentlicher Gerichtsverhandlung freigesprochen. Die Besten der Arbeiter belegen Minister und Reichstagspräsidenten mit den Äiteln „Diebe“, „Banditen“ und dergleichen, fordern die Massen auf, sich um keine Gesetze zu kümmern und Regierung und Staatsgewalt seien bei den Gerichtsverhandlungen den Richter. Dies sind Symptome, die zeigen, daß ein Generalstreik hart bis an die äußerste Grenze der Gesetzlichkeit, vielleicht aber auch weit darüber hinausführen kann.

Und dies ist auch der Grund, weshalb die Sozialdemokratie Ungarns, wenn sie die letzte Waffe im Kampf für das allgemeine Wahlrecht zur Hand nimmt, wenn sie die Wahlen in den Generalstreik treten läßt, mit einem Geisse rechnet. Und tritt sie sich in ihrer Berechnung, endet der Generalstreik mit der Niederwerfung der Arbeitermassen, auch dann haben die Arbeiter nichts verloren, da die Entscheidung, die Ausbeutung und Unterdrückung des ungarischen Proletariats auch durch einen Arbeiter nicht mehr gestärkt werden.

Dies wissen die Arbeiter, die die Massen zum Generalstreik führen, dies weiß das Proletariat, deshalb die Begeisterung, die Energie, die Liebe zum Kampfe.

In ihren Kämpfen kann die Arbeiterschaft Ungarns durch Drohungen und Gewaltmaßnahmen niemals aufgehalten werden. Nur einen Weg gibt es, der zum Frieden führt: der Weg über das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht!

Der Wahlrechtsstreit muß weichen. Die Stellung des ungarischen Ministeriums Lutzka ist unhaltbar geworden. Man rechnet bestimmt schon in den nächsten Tagen mit dem Rücktritt. Lutzka selbst wurde gestern von Kaiser Franz Josef in längerer Audienz empfangen. Der ungarische Finanzminister hat seine Demission bereits eingereicht.

Die Einwanderungsvorlage der Vereinigten Staaten. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus New York wurde am Donnerstag in Washington in einer Sitzung des von den beiden Häusern des Kongresses eingesetzten Komitees zur Prüfung der Burnettischen Einwanderungsvorlage eine Einigung erzielt. Die Vorlage ist Freitag dem Repräsentantenhaus vorgelegt und voraussichtlich angenommen worden. Sie bestimmt, daß die Einwanderer imstande sein müssen, ihre eigene Landessprache zu lesen. Von dieser Bestimmung sind Gattinnen, Witwen und ledige weibliche Personen ausgenommen. Der höchste Senat hat die Forderung der Kenntnis des Schreibens fallen gelassen. Die Kopfsteuer für Einwanderer wird von 4 auf 5 Dollar erhöht. Jedes Einwanderer befördernde Schiff muß zertifikatlich ernannte amerikanische Ärzte, Inspektoren und Wärterinnen an Bord haben. Desertierende Fremde Seeleute werden verhaftet und deportiert, desgleichen Eingewanderte, die in Amerika wegen Vergehens gegen die Moral verurteilt wurden.

Eine christlich-soziale Korruption in Österreich. Vor einigen Jahren bestimmte die christlich-soziale Partei des österreichischen Abgeordnetenhauses die Regierung, bei ihren Einkünften für das staatliche Zigarettenmonopol ein anderes System zu befolgen. Während bis dahin die Einkünfte in Amsterdam sich so vollzogen hatten, daß unter den konkurrierenden Firmen die Auswahl getroffen wurde, sollte jetzt nur mit einer einzigen bestimmten Firma der Handel abgeschlossen werden. Dieser Vorschlag wurde infolge des großen Einflusses der christlich-sozialen Partei von der Regierung gegen den Widerstand der Verwaltung des Zigarettenmonopols durchgeführt und das Monopol hat infolgedessen auch mehrere Millionen verloren, weil es infolge der Ausschaltung der Konkurrenz die Waren naturlich teurer bezahlen mußte. Erst nach dem Sturz der christlich-sozialen Herrschaft durch die Parlamentswahlen von 1911 wachte die Regierung durch den schädlichen Vertrag wieder aufzuheben. Der Bundesrat aus dem Abgeordnetenhause hat ein eigenes Komitee zur Untersuchung der ganzen Affäre eingesetzt und man erfährt nun, daß bei dem für die staatliche Zigarettenverwaltung so schädlichen Vertrag die christlich-soziale Partei eine Provision von 100.000 holländischen Gulden für ihre Partei-Kasse erlangt hat!

Die neue chinesische Anleihe. Die Verhandlungen über den Abschluß einer Anleihe machen keine Fortschritte. Rußland, von Frankreich unterstützt, erhebt viele Ausstellungen. Die letzte chinesische Anleihe war zu 5 Prozent ausgegeben und nicht nur der chinesische Generalrat, sondern auch die Inhaber der Papiere wenden sich entschieden dagegen, daß ein höherer Zinsfuß gewährt würde.

Die Verteidigung des Panamakanals. Oberst Goethals erklärte im Marineministerium des Repräsentantenhauses, daß eine Baranaka von 25.000 Mann notwendig sei, um den Panamakanal zu schützen. Die gegenwärtigen Pläne sehen nur 8000 Mann vor. Wenn wir in einem Kriege die Persepolis über das Meer verlieren würden, so hätte Goethals aus, wären wir auf die Garnison angewiesen und könnten keine Verstärkungen von den Vereinigten Staaten erlangen. Die Schleusen sind ein wichtiger Teil des Kanals und sollten mit starken Besatzungen geschützt werden. In den beiden Endpunkten sollten Garnisonen errichtet werden. Die Erklärung, daß der Kanal schwierig gehalten werden könnte, wenn die Vereinigten Staaten die Persepolis über das Meer verlieren würden, erregte großes Interesse.

Der Militarismus zerrütet die Finanzen. Die Erwartung, daß das vom Kaiserlichen Reich gebildete japanische Kabinett die Unterstützung der von der Regierung juristisch vertretenen Partei finden werde, erfüllt sich nach einer Depesche aus Tokio nicht. Dieser Tage erklärte der bisherige Premierminister Marquis Sazoni auf der Generalversammlung der Seijutai (der konstitutionellen Partei des Abgeordnetenhauses), an dem Sturze seines Kabinetts sei einzig der Kriegskriegsminister Baron Uchida schuld, der das Werk des Finanzministers zunichte gemacht habe. Diese Reform hätte bereits 30 Millionen Yen ergeben, eine Summe, die ausgereicht hätte, um den Steuerdruck beträchtlich zu vermindern. Die Verammlung beschloß, bei der Parlamentsöffnung ein Mißtrauensvotum gegen das gegenwärtige Kabinett zu beantragen.

Das neue französische Kabinett unter dem Ministerpräsidenten Briand, dem bisherigen Justizminister, wird heute gebildet werden. Aristide Briand ist es gelungen, ein Ministerium zusammenzusetzen. Gestern abend gegen 7 Uhr begab er sich ins Elysee, um dem bisherigen Präsidenten der französischen Republik Fallieres mitzutrinken, daß er ihm heute die Namensliste seines neuen Kabinetts zur Genehmigung überreichen werde. Die größten Schwierigkeiten bereitet die Befehle des Postens des Kriegsministers, des Marineministers und des Ministers des Meeres. Der frühere Gouverneur von Algier, Jonnart, wird das Portefeuille des Meeres, Etienne das Portefeuille des Krieges und Baudin das Marineministerium übernehmen. Jonnart hatte vor seiner endgültigen Aufgabe eine längere Rücksprache mit Ribot, der zuerst für den Posten des Ministeriums des Meeres auszuweichen war. Ribot bestimmte ihn jedoch, das Ministerium des Meeres anzunehmen.

Parteiangelegenheiten.

Ein neuer Konflikt in Württemberg.

Unser Stuttgarter Parteiblatt, die „Schwäbische Tagwacht“, hatte in einem Leitartikel schon geteilt, daß mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Württemberg an der monarchischen Eröffnungssfeier des württembergischen Landtags teilgenommen haben. Der Beschluß der Fraktion, an der Eröffnung als „an einem in der Verfassung vorgesehenen staatsrechtlichen Akt teilzunehmen, dagegen sich „an den monarchischen Kundgebungen nicht zu beteiligen“, findet über die Zustimmung nicht. Die „Schwäbische Tagwacht“ hat in der Verfassung keine Stelle, die der Fraktion die Verpflichtung zur Teilnahme auferlegt. Sie sagt dann weiter: Wir verstehen nicht recht die Bemerkung im Fraktionsbeschlusse, der entspricht der Ansicht der Fraktion, daß nicht an dem höchsten Akt teilzunehmen zu sollen. Wir glauben zunächst, unsere Fraktion sollte erst den oben geschilderten Verfall mit monarchischer Dekoration und monarchischer Subjugation übergeben lassen und dann den Eröffnungstag des Landtags betreten. Wir haben uns aber getrennt, denn unsere Absicht ist,

mit Ausnahme der genannten, haben dem ganzen Mummel mit Gura und Hoch beigewohnt und durch ihre Anwesenheit — wenn sie sich selbstverständlich auch passiv verhielten — janktioniert. Wozu das geschehen ist, ist uns um so weniger verständlich, als ja die eigentlichen Funktionen des Landtages erst begannen, nachdem der Hof unter Hochrufen abgezogen war. Erst dann trat Genosse Tauscher als Alterspräsident auf, um die nächste Sitzung auf den folgenden Tag zur Vorname der Eröffnungssfeier usw. anzubekunden. Und damit war überhaupt alles erledigt. Unsere Fraktion hätte nichts, aber auch gar nichts verdammt, wenn sie dem ganzen Eröffnungsummel ferngeblieben wäre! Unsere Reichstagsfraktion hat das übrigens regelmäßig.

Uns ist jetzt keine jede Erklärung dafür, weshalb die Fraktion jetzt neuen Konfliktstoff in das württembergische Parteileben hineingebracht hat. Die Parteigenossen im Lande werden ebenso wenig wie wir die neueste Tat unserer Fraktion verstehen und billigen. Wie sollen die württembergischen Parteiverhältnisse gesund, wenn Parteigenossen auf vorgeschobenem Posten bewußt und fortgesetzt nicht nur dem ausgesprochenen Willen eines großen Teils der württembergischen Sozialdemokraten, sondern auch dem wiederholt bekundeten Mehrheitswillen der deutschen Sozialdemokratie zuwiderhandeln.

Wenn diese Artikel hat die Landtagsfraktion folgende Erklärung erteilt, in der es heißt: Die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ hat gestern in ihrem Artikel „Der Eröffnungsummel im württembergischen Landtag“ die ungeheuerlichen Vorwürfe und Anschuldigungen gegen die sozialdemokratische Landtagsfraktion erhoben. Sollte sich die Redaktion der kleinen Wache unterzogen, bei der Fraktion nach dem Weggehen ihres Beschlusses zu fragen, so würde sie nimmermehr diesen Artikel veröffentlicht haben. Daher ist nicht die geringste Fühlung mit der Fraktion suchte, sondern blindlings das größte Geschick ausführt, führt uns zu der Annahme, daß sie nicht unterrichtet sein wollte.

Wir bitten, indem wir gegen die Tat des Vorgehens der Redaktion scharfen Protest erheben, die Parteigenossen, sich nicht Anstößig in eine richtige Stimmung versetzen zu lassen.

Für materielle Begründung der Haltung der Fraktion möge vorläufig folgendes dienen: Die Fraktion hat sich zunächst von denselben Gesichtspunkten, leiten lassen, die 1907 und 1911 für sie maßgebend waren. Im Jahre 1907 sind neben einer die jetzigen Ueberreizungen der Tagwacht vermittelnden Darstellung des dekorativen Programms den Parteigenossen die politischen Gründe der Fraktion mitgeteilt worden. Eine Verletzung der Parteigenossen durch das Parteigebäude allerdings vermieden. Die Parteigenossen des ganzen Landes aber damals die Haltung der Fraktion gebilligt. Die Fraktion würde sich dem Gespött aussetzen, wenn sie in einer solchen Frage das einmal so, das andermal anders entscheiden wollte. Bei der diesmaligen Entscheidung aber kam noch ein neuer gewichtiger Grund in Betracht. Die Sozialdemokratie hat in allen Parlamenten, wenn sie um die Erfüllung ihrer Ansprüche zu kämpfen hatte, stets erklärt, sie übernehme alle aus der Verfassung und der Geschäftsordnung sich ergebenden Pflichten. Nach der württembergischen Verfassung und der Geschäftsordnung der Zweiten Kammer sei dem Genossen Tauscher als dem Ältesten die Pflicht zu, das Alterspräsidentium zu übernehmen. Die Erfüllung dieser Pflicht war nur bei Teilnahme an dem Eröffnungssakt möglich. Die Fraktion konnte unmöglich den Genossen Tauscher allein an diesem Akt teilnehmen lassen. Die Annahme der Redaktion, daß die Mitglieder der Fraktion erst nach Schluß der Eröffnungsszeremonie hätten eintreten können, beruht auf einer totalen Unkenntnis der württembergischen Verfassung, nach welcher nur berechtigte Mitglieder an den Sitzungen teilnehmen dürfen. Auch die wiedergewählten Abgeordneten konnten nicht zwischen dem Eröffnungssakt und der ersten Sitzung eintreten, weil der Hinweis auf den früher geleisteten Eid bei Beginn des Eröffnungssaktes erfolgt und sie dabei anwesend sein oder ihren Eintritt auf den folgenden Tag verschieben mußten.

Wenn die Redaktion auf das Verhalten der Reichstagsfraktion hinweist, so hat die Landtagsfraktion eine Parallele mit der Haltung der Reichstagsfraktion bei den verschiedensten Gelegenheiten nicht zu scheuen.

Im übrigen besteht für uns kein Zweifel, daß die erdrückende Mehrheit der Parteigenossen des Landes die Haltung der Fraktion nicht nur billigt, sondern mit großer Befriedigung Kenntnis genommen hat von der Art und Weise, wie unser Parteileiter Tauscher das Amt des Alterspräsidenten ausgeübt hat. Im höchsten Grade bedauerlich ist es, daß durch die unberechtigten Angriffe und die falsche Darstellung der Gründe der Fraktion nicht nur die Wirkung der Amtsführung des Genossen Tauscher, sondern auch die Tätigkeit der Fraktion in ihrer Gesamtheit von vornherein aufs Schwerste beeinträchtigt und danach der Parteifortschritt in Württemberg verheert wird.

Die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ bemerkt dazu: Die Unterstellung einer bösen unparteiischen Absicht, welche wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Die Fraktion hat ihre Stellung zur Eröffnungssfeierlichkeit in einer besonderen Erklärung, die in der „Tagwacht“ veröffentlicht worden ist, dargelegt. Diese Erklärung mußte der Redaktion maßgebend sein. Für uns stand die Sache so:

1. Der Fraktion ist bekannt, daß sich die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie klar und deutlich gegen jede Teilnahme an monarchischen Zeremonien ausgesprochen hat.
2. Der Fraktion ist bekannt, daß sich die sozialdemokratische württembergische Landtagsfraktion noch im Jahre 1901 ausdrücklich gegen jede Teilnahme an den Eröffnungssfeierlichkeiten ausgesprochen hat.
3. Der Fraktion ist bekannt, daß sie ohne Verletzung der württembergischen Verfassung der ganzen Eröffnungssfeierlichkeit fernbleiben konnte.
4. Der Fraktion ist bekannt, daß durch ihr Fernbleiben proletarische Rechte und Interessen nicht verletzt worden wären.
5. Die Tatsache, daß ein Sozialdemokrat Alterspräsident werden konnte, halten wir nicht für bedeutend genug, um deshalb unseren Massenstandpunkt im Parlament zu verfechten.
6. Auf diese Punkte geht die Erklärung des Fraktionsvorsandes nicht ein.

Gabel für heute. Wir warten nun ab, welche politischen und sachlichen Gründe die Fraktion endlich für ihre Haltung anführen wird.

Gemeindeauswahlgewahl. In Vorbruch bei Stummthal-Benejad errang die Sozialdemokratie bei den Gemeindeauswahlgewahlen zum ersten Male auch in der zweiten Klasse ein Mandat; während die Gegner nur noch vier Sitze inne haben, also in der Minderheit sind.

Bezirks-Vortragstafel in Wien. Die Wiener Unterrichtsorganisationen veranstalten in den verschiedenen Stadtteilen eine Menge Vortragstafeln. Es werden behandelt: Das letzte Jahrhundert österreichischer Geschichte. — Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. — Gewerkschaftslehre und Tarifverträge. — Arbeiterbibliothekszweigen. — Die Gegenwart. — Forderungen der Sozialdemokratie. — Eisen und Stachtausbeute. — Die Entstehung des Lebens (gemalt). — Karl Marx (gemalt). — Mangelgruben. — Als Referenten, teilweise mehrere im selben Kurzus, sind 11 Genossen und 5 Genossinnen bestimmt.

Wahlkreisreform. Die Reichsregierung hat die Wahlkreisreform für die Reichstagswahlen beschlossen. Die Wahlkreise werden neu eingeteilt. Die Zahl der Wahlkreise wird von 11 auf 12 erhöht. Die Wahlkreise sind: 1. Berlin, 2. Preußen, 3. Bayern, 4. Württemberg, 5. Baden, 6. Elsaß-Lothringen, 7. Österreich-Ungarn, 8. Italien, 9. Albanien, 10. Bulgarien, 11. Rumänien, 12. Griechenland.

Preußentag der Fortschrittlichen Volkspartei.

Die Fortschrittliche Volkspartei veröffentlicht folgenden offiziellen Bericht: Unter außerordentlich starker Beteiligung von Abgeordneten und Delegierten aus den Wahlkreisen wurde am Montag früh im "Rheingold" der Preußentag der Fortschrittlichen Volkspartei eröffnet.

„Unzere Forderungen an den preussischen Landtag“.

Redner führte aus, daß wir uns mit Stolz Preußen nennen, aber mit der Kritik an Gesetzgebung und Verwaltung nicht zurückhalten dürfen.

„Leitfaden in den Wahlkämpfen“.

Er stellte als Motto in den Vordergrund: Kampf gegen alle die, die dem rückwärtlichen System in Preußen als Stütze dienen.

Redner wandte sich gegen die Rechtsparteien und geistete insbesondere die verätherische Haltung des Zentrums bei den Wahlrechtsabstimmungen.

Ueber die Fragen der Wahlreform entspann sich in der Nachmittagsstunde eine lebhafte Debatte, in der die Vorschläge zu den anderen Parteien eingehend besprochen wurden.

Der preussische Delegiertentag der Fortschrittlichen Volkspartei spricht sich für ein möglichst einmütiges Zusammengehen der Liberalen bei den bevorstehenden Landtagswahlen aus.

Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung „Wahlreform“ referierte Abg. Dr. Bachmick.

Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei fordert die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen.

Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung: „Innere Kolonisation“ sprach Abg. Hoff.

Der vorgerückten Zeit wegen lasse sich der Redner kurz. Es wurde beschlossen, den Vortrag in erweiterter Form zur Veröffentlichung zu bringen.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung: „Wahl eines Vorstandes der preussischen Landesorganisation“ schlägt Abg. Dr. Wiemer vor.

Nachdem Dr. Herz-Darburg dem Vorsitzenden für die Leitung gedankt um dieser mit einem lebhafte aufgenommenen Hoch auf die Fortschrittliche Volkspartei geantwortet hat.

In einem Privatbericht des Herrn G. Friesländer befindet sich noch folgender Auszug aus der Rede des Abgeordneten Fischbeck:

Der Redner wandte sich ganz besonders gegen die Rechtsparteien und geistete ganz besonders die Haltung des Zentrums bei den Wahlrechtsabstimmungen.

Interesse entsprungen. Wenn die Sozialdemokraten von den fortschrittlichen Abgeordneten eine schriftliche Verpflichtung für eine bestimmte Taktik im Parlament fordern, so müsse von vornherein erklärt werden, daß unsere Kandidaten durch solche laun-dünkelnde Forderungen nicht gehen werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Sechs Monate Gefängnis gegen einen „Terroristen“.

Ein Überaus hartes Urteil hat wieder einmal ein Breslauer Gericht über einen organisierten Arbeiter verhängt, weil er einem Arbeitswilligen zu nahe getreten ist.

Der in der chemischen Fabrik von Schoeder und Prybilla in Cosel bei Breslau beschäftigte Arbeiter Gottlieb Przybilla war angeklagt, den Arbeiter Hugo Konehny durch diese Andeutungen beleidigt zu haben: „Versuchter Breslauer Schwelchhund, komm nicht erst hierher, uns die Knochen auszulaugen.“

Der Vorgang spielte sich nach Aussage des Angeklagten wie folgt ab: Am 2. September fing der Arbeiter Hugo Konehny bei der Firma Schoeder und Prybilla in Cosel an zu arbeiten.

Es ist gegen das furchtbare Urteil des Schöffengerichts Berufung eingelegt worden. Man sagt sich unwillkürlich an den Kopf und fragt, warum dieses harte Urteil? Gewiß, wir sind in Breslau gar vieles gewöhnt, denn es geht ja auch im Arbeitswilligenschutze voran; doch solche Urteile, die kann der organisierte denkende Arbeiter nicht verstehen.

Die Aussperrung im Holzgewerbe.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe erklärt an seine Mitglieder die offizielle Anweisung, sich für die allgemeine Aussperrung am 15. Februar bereit zu halten.

Deutsches Reich und Ausland.

Ein ungeheures Verlangen nach verstärktem Arbeitswilligenschutze trägt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer letzten Nummer vor.

Die Arbeitgeber in den Städten, welche unter den bis 1914, 1915 und 1916 laufenden Verträgen weiter arbeiten, dürfen nach den letzten Kampforten der Agenten noch Reisende entsenden, keine Anzeigen erlassen, noch auf irgendwelche andere Art Aufträge entgegennehmen.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

erscheint ihr in zu weiter Ferne liegend, da der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches kaum vor einem halben Duzend Jahren fertiggestellt sein würde.

Die Differenzen in der Schuhwarenfabrik von Bernhard Rood in Spryer sind zugunsten der Arbeiter beigelegt.

Arbeiterunruhen in Spanien. Zu den schon seit langem streikenden Metallarbeitern gesellen sich in Kürze die Bauarbeiter, da die Unternehmer sich entschlossen haben, wegen der neuen Lohnforderungen sämtliche Arbeiter, etwa 30.000, zu entlassen.

Stafien. Der Ende November 1912 in Modena stattgefundenen Kongreß der syndikalistischen Gewerkschaften beschloß mit 42.000 gegen 29.000 Stimmen die Schaffung einer neuen gewerkschaftlichen Landeszentrale, angeblich, weil die alte Zentrale den „revolutionären“ Gewerkschaften den Beitritt unmöglich mache.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Die Konkurrenz der Städtevertreter des Holzarbeiter-Verbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Haltung und die Forderungen der Unternehmer die kritische Ablehnung erfahren müßten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. Januar.

Der Frauen-Abend

Der sozialdemokratische Verein Breslau am Montag beschäftigte sich wieder mit dem Kinderschutz. Gestern wurde über die Geschichte des Kinderschutzes verhandelt und das Kinderschutzgesetz vom Jahre 1903 verhandelt, nachdem am Dezember-Frauenabend der Umfang der Kinderarbeit und ihre schädlichen Folgen gebührend beleuchtet worden sind. Besonders eindringlich waren die Ermahnungen an die Genossinnen, alles zu tun, um die verwerfliche Ausbeutung der wehrlosen Kinder zu beseitigen. Aus der Stimmung der Versammlungen kann geschlossen werden, daß die Genossinnen im Kampfe gegen die schädliche Kinderarbeit auf dem Posten stehen und nicht erlahmen wollen. Ueber die einzelnen Abende wird uns berichtet:

Die Genossinnen der Distrikte 1 bis 3a waren selber sehr schwach vertreten, denn im „Dörfelchen“ auf der Freireichstraße waren nur 16 Frauen und Mädchen versammelt. Genosse Neufeld sprach eingehend über die wichtigsten Vorschriften des Kinderschutzgesetzes, wobei er nicht verfehlte, den Genossinnen ans Herz zu legen, die Kinderschutzkommission in ihrer Arbeit recht fleißig zu unterstützen. Wir wollen keine Polizeiarbeit, die sich damit erschöpfen, Unzeten zu machen; sondern in jedem einzelnen Falle sollen wir nach den Ursachen der schädlichen Kinderarbeit fragen und alles zu helfen versuchen. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In der kurzen Aussprache betonten die Genossinnen, daß es dringend nötig ist, auch dann einzugreifen, wenn die Kinder zu verwaisten drohen oder mißhandelt werden.

Der Distrikt Odetor versammelte sich Heinrichstraße 5. Etwa 20 Frauen und 10 Männer waren anwesend. Genosse Olschky erläuterte kurz die Kinderschutzgesetze und sprach dann über die Frau in der heutigen Wirtschaftsordnung. An der sehr regen Aussprache beteiligten sich u. a. die Genossinnen Schramm, Penzja und der Genosse Meise in sehr anregendem Sinne. Der Abend schloß mit dem Absingen der Internationale und einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung.

Im Schweigerhof (Mikolajtor) waren 50 Genossinnen und 15 Genossen versammelt. Nachdem das Protokoll des letzten Frauenabends verlesen war, hielt Genossin Löwe einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Kinderschutzgesetz und forderte die Genossinnen auf, im Kampfe gegen die Kinderarbeit mit zu helfen. In der regen Aussprache beteiligten sich drei Genossinnen. Schluß 10 Uhr.

Einen anregenden Verlauf nahm der Frauenabend für die Genossinnen der Schweidnitzer Vorstadt, die bei Gempke, Neudorfstraße 99 saßen. Hier sprach Genosse Th. Müller unter lebhaftem Beifall. In den Vortrag schloß sich eine wertvolle Aussprache, die sich im Sinne des Vortrages bewegte. Hochbeifällig trennten sich die Genossinnen gegen 10 Uhr.

Der Frauenabend auf der Hubenstraße erfreute sich eines regen Besuches. Genossin Gellrich sprach über Kinderschutz. Sie zeigte die Entwicklung des Kinderschutzgedankens in Deutschland und unterzog das Gesetz von 1903 einer eingehenden Kritik. Schließlich forderte sie die anwesenden Genossinnen auf, die Kinderschutzkommission bei ihrer Tätigkeit überall zu unterstützen, um so der Ausbeutung und Mißhandlung wehrloser Kinder wirksam entgegenzutreten. Im weiteren Verlauf der Versammlung entwickelte sich noch eine Debatte über die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisation, die von mehreren Rednern und Rednerinnen warm befürwortet wurde. Nach dem Gesänge einiger Kampflieder ertönte der Frauenabend gegen 11 Uhr sein Ende.

Auf der Michaelsstraße war der Frauenabend von 34 Frauen und einigen Männern besucht. Dem Vortrage des Genossen Dars über das Kinderschutzgesetz folgte eine längere Aussprache. Eine Reihe von Überretungen wurden der Kinderschutzkommission bekannt gegeben, damit diese für Abhilfe Sorge. Genossin Waberfeld berichtete noch über die Verhandlungen des preussischen Parteitages, soweit sie die Kinderarbeit betrafen. Gingeniesen wurde ferner auf die Notwendigkeit, dem Konjunkturverein „Korridor“ beizutreten; auch der Kriegenausritt wurde empfohlen. Mit dem Gesänge eines Arbeiterliedes fand der gut verlaufene Abend seinen Abschluß.

Im Gewerkschaftshause behandelte Genossin Lawatsch vor 40 Genossinnen des Ohlauer Lores die wichtige Frage des

Kinderschutzes und ermahnte für ihre Ausführungen lebhaften Beifall. In der Aussprache wurde bestätigt, daß in Breslau leider noch immer hunderte von Kindern auf der Straße Milch, Gemüse und Zeitungen austragen und durch den Handel in Gastwirtschaften stillos gefährdet werden. Da soll und muß jede Genossin ein wachsameres Auge haben und durch Aufklärung dafür sorgen, daß die Kinder nicht körperlichen und geistigen Schäden erleiden. Unter „Verschiedenes“ wurde die Korbweber-Angelegenheit richtig gestellt. Den Schluß des gut verlaufenen Abends machte ein gemeinsames Lied.

Die städtische Arbeitslosen-Unterstützung

dringt immer weiter vor. Jetzt hat der Stadtrat von Mannheim beschlossen, eine Arbeitslosen-Unterstützung mit Unterstützung der Gewerkschaften nach dem Genter System einzuführen. Männliche Arbeitslose erhalten einen städtischen Zuschuß von 70 Pfg. täglich, weibliche Arbeitslose 50 Pfg. Bis zu drei Kindern werden je 10 Pfg. Zuschuß gewährt. Im Höchstfall also gibt es einen Zuschuß von 1 Markt täglich, und zwar auf die Dauer von 60 Tagen. Voraussetzungen für den Zuschuß ist einjährige Beschäftigung. Ueber die Bezugsberechtigung werden die Erhebungen von den Gewerkschaften gemacht, die auch die städtischen Zuschüsse zu verteilen haben. Die Kontrolle der Arbeitslosen geschieht auf dem städtischen Arbeitsamt.

Gleich hohe Unterstützung wird auch an nicht-organisierte Arbeiter und an solche Arbeiter ausbezahlt, die zwar gemeinschaftlich organisiert, nicht aber gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit versichert sind. Die Entscheidung über die Bezugsberechtigung und die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt in diesen Fällen durch das Arbeitsamt. Die Vertreter der Industriellen stimmten unter der Voraussetzung für die Gewährung der Zuschüsse an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wenn deren Vertreter für die Unterstützung der Nichtorganisierten eintreten. Es sollte damit die gleiche Behandlung der Stadt gegenüber der Arbeiterklasse zum Ausdruck gebracht werden. Die Vertreter der Arbeiter gingen darauf ein, um die Einrichtung einer städtischen Unterstützung zu retten. Der Stadtrat glaubt, mit 40-50.000 Mark im Jahre auszukommen.

Die im Jahre 1911 gegründete Arbeitslosen-Sparversicherung wird wieder befestigt, da die Arbeiter für sie keine Teilnahme befindet haben.

Besichtigung der Grundwasser-Verföschung.

Einem Antrage der Stadtverordneten-Versammlung folgend, hatte der Magistrat die Versammlung Montag vormittag zu einer Besichtigung unserer städtischen Wasserverföschungsanlagen eingeladen, und mehr als die Hälfte der Stadträte war dieser Einladung gefolgt. Nach einigen auf Plänen gegebenen Erläuterungen besichtigte man die alte Form der Reinigung des Schweidnitzer Wassers in dem großen Kofesriesler, der das Mangan entfernt, und im Vergleich dazu eine neue Versuchsanlage, welche das Wieschamer Wasser durch Alaunzug vom Eisen befreit, sedimentiert und mit einem Aufdruckfilter ausfärbt. Die Entfernung des geringen Mangangehalts wird hier durch schwarzen Oberlauf, eine Art natürlichen Braunkohl, erzielt, mit dem sich das Mangan unzulässig verbindet. Die Sicherheit der Filtration wurde durch trübende Wasserproben vor und nach der Entnahme des Mangans bewiesen. Die Besichtigung wurde dann an den Wieschamer sechs Versuchsbetten fortgesetzt, wobei die Versammlung mittels Wagen besichtigt wurde. Es handelt sich um jene Brunnengruppe, die nimmehr mit einem Millionenaufwande erweitert werden soll, weil man hofft, daß ihre Lage nicht an der Oberfläche genügend Aussicht auf fändigen Zufluss natürlich filtrierten und temperierten Wassers bieten wird. Der letzte Weg galt nach einer kurzen Pause dem Besuch der verschlammten Schweidnitzer Brunnengruppe, der wirbigen Verletzung für Brunnengruppe I und dem Maschinenhaus, das erst wieder voll ausgebaut werden kann, wenn die neuen Brunnen im Betriebe sind. Die Führer der Exkursion, Stadtbaurat Witz, Herr

Debusmann u. a., unterzogen sich hier der Aufgabe, die Undurchsichtigkeit des Grämlerischen Filterverfahrens haarklein zu demonstrieren, was bei der Kleinheit seines Gefäßvolumens nicht allzu schwer sein konnte. Die Gegenrede fehlte. Dort aber, wo sie vorhanden war, wurde sie bald stumm gemacht. Im Kesselhause verhielt sich die neu gewählte Stadtverordnete Dr. Dzietek einen kurzen Vortrag über die Wasserentwässerung aus den unterirdischen Schichten, aus Gipsstein und Muschelkalk, also aus mehreren Hundert Metern, zu halten. Als er behauptete, derartige Veruche nach tiefliegenden Wasserströmen hätten auf Grund der Gutachten der geologischen Landesanstalt schon seit sechs Jahren gemacht werden müssen, widersprach ihm der Stadtbaurat sehr energisch, und die „Debatte“ wurde kurz aufgehoben, da sie im Kesselhause nicht an Blaise war. Immerhin hörte man, daß der Vortragende mit dem Oberbürgermeister eine Konferenz bei der landesgeologischen Anstalt angemeint habe, die über diese neue Seite des Problems Aufschluß geben soll.

Neuaufwendungen für Volksschüler.

Zur Ausstattung der Klassenzimmer in den städtischen Volksschulen mit künstlerischem Wandschmuck, wie das im vorigen Jahre von den Sozialdemokraten ange-regt wurde, sind erstmalig 5000 Mark in den städtischen Haushaltsetat eingestellt worden. — Ferner sollen fünf Büchereien für Kinderlektüren mit 500 Mark Kosten eingerichtet werden. Diese Beschreibungen werden sich an die seit einigen Jahren eingeföhrten Schularbeitsstunden anknüpfen. — Sehr lobenswert ist auch der erste Anlauf, Schülerwanderungen in Breslau einzubürgern. Für 38 Wanderungen mit je 50 Mark Unkosten werden zum ersten Male 1650 Mark ausgeworfen. Der Zuschuß für die Ferienkolonisten wird von 6000 auf 7500 Mark erhöht. — Der Haushaltungsunterricht für Mädchen, der nur freiwillig erteilt wird, soll im kommenden Jahre wieder erweitert werden und für acht bis zehn Klassen Nähmaschinenunterricht eingeföhrt werden.

Vom Hallenschwimmbad. Im Jahre 1912 wurden im Hallenschwimmbade 550,1 9 Bäder abgegeben gegen 568,891 im Jahre 1911 und 522,252 im Jahre 1910. Davon kommen auf

Table with 4 columns: Bädertyp, 1912, 1911, 1910. Rows: Schwimmbäder, Wannenbäder, Dampf- und Heißluftbäder, Elektrische Lichtbäder.

Der Sommer des Jahres 1911 war bekanntlich sehr heiß; im Sommer 1912 war dagegen eine maximale Witterung vorherrschend. Die große Zahl der im Jahre 1911 abgegebenen Schwimmbäder, die selbst die des letzten Jahres übersteigt, ist hieraus erklärlich. Gegen die Vorjahre, so auch gegen das Jahr 1910 zeigt aber auch die Anzahl dieser Bäder im Jahre 1912 wieder eine wesentliche Zunahme. Die Steigerung der Zahl der Wannenbäder kann mit auf die Neuausstattung dieser Bäderabteilung zurückgeföhrt werden. Die Zunahme im Besuch der Dampf- und Heißluftbäder und vor allem der elektrischen Lichtbäder hat zur Aufstellung eines fünften Lichtkastens und zur Schaffung neuer Ausleuchte- und Rubelgehögenheiten und zu anderen Ergänzungen geföhrt, die zum Teil jetzt noch ausgeföhrt werden. Im laufenden Jahre soll mit dem Bau eines dritten Schwimmbades für bilitige Bäder begonnen werden; es soll das auch noch fehlende besondere Frauen Schwimmbad und eine Reihe anderer Wannenbäder aufnehmen. Die Anstalt glaubt hiernach auf eine abermalige erfreuliche Entwicklung im verfloßenen Jahre zurückblicken und sie auch für die Folgezeit erwarten zu können.

Berkürte städtische Grenzsäule. Durch ein führerloses Gespann wurde in der Nacht zum Montag die vor etwa zehn Jahren an der Rosentaler Brücke künstlerisch aus Granit errichtete städtische Grenzsäule völlig zerstört. Der Anprall muß von ungeheurer Wucht gewesen sein, da nicht nur die dicht davorstehende eiserne Laterne in Trümmer ging, sondern auch die aus mehreren Teilen bestehende steinerne Säule und deren Verankerung zum Teil gebrochen und in die nahe Verfestung stürzten; ja selbst das schwere, granitne Postament wurde beschädigt und von seinem ursprünglichen Platz auf dem Fundament Fußwekelt verschoben.

Aus aller Welt.

Mordtaten eines Terranigen. Ein irrwitzig gewordener Korporal des 18. Infanterie-Regiments in Mexiko in der Perzeigovina erschoss Sonntag nachmittag drei Kameraden und verwundete drei weitere, darunter einen schwer. Als die Wache anrückte, schoß er auf diese und tötete einen Mann. Er wurde nach verzweifelter Gegenwehr festgenommen. Es gelang ihm aber zu entkommen. Später wurde der Korporal erschossen aufgefunden.

In den 600 Meter tiefen Schacht gestürzt. Auf dem Schacht Gang der Zeche „Blumenthal“ stürzte gestern ein Arbeitermeister einer Nürnberger Firma infolge eines Gefährts vom Gerüst 600 Meter tief in den Schacht hinab. Als formlose Masse wurde die Leiche jutage geföhrt.

Ein 5-jähriger Waidersmann. Ein 5-jähriger Junge wurde am Montag in Warburg angehalten. Derselbe scham a hatte er sich von Hause entfernt und sich im ersten besten D-Bus niedergelassen. Er gelangte diesmal bis Warburg, wo ihn der Schaffner spät abends ohne Fahrkarte antrat. Auf dem Bahnsteig lang der Knabe verzagt ein Kinderliedchen. Namen und Wohnung gab er dem Beamten richtig an. Mit dem nächsten Zuge wurde der kleine Reisende sodann zu seinen Eltern nach Kassel zurückbefördert.

Schweindöller Tod eines Priesters. Der mysteriöse Tod eines Priesters in Agen Frankreich beschäftigt zurzeit die dortige Volksgenossenschaft. Eine Frau Crepe erschien bei den Behörden in Agen und teilte mit, daß der Abbé Chaffain sich in ihrer Wohnung erschossen habe aus Gram darüber, weil er nach einer anderen Gemeinde veretzt worden war. Der Abbé wurde im Zimmer der Dame tot mit einer Schußwunde auf dem Sofa aufgefunden. Die Angaben der Dame erschienen aber den Behörden verdächtig, da es sich herausstellte, daß der Abbé der Geliebte dieser Frau war. Die Untersuchung ergab weiter, daß der Schuß aus größerer Entfernung abgegeben wurde, so daß also ein Selbstmord nicht mit möglich war.

Ein Dampfer in Gefahr? Sonntag vormittag besand sich bei Amrum ein unbekannter Dampfer in Gefahr der Strandung. Es herrschte bei Amrum zu dichter Nebel, daß man die Hand vor Augen nicht sehen konnte. Die Amrumer Bewohner sahen plötzlich rasch nacheinander Nebellinien die dicke Dunstschicht schwach durchdringen und hörten fortgesetzt die welltönenden Schiffszinnen, die anzeigten, daß sich ein großer Dampfer in Not befinden müßte. Die Meldung besetzt, daß bereits sämtliche Amrumer

Rettingsboote ausgelassen seien, weitere Hilfe aber erforderlich wäre.

Nun erging der telegraphische Befehl nach Rughaven, daß die dortigen Rettingsboote mit ihren Mannschaften ebenfalls sofort nach Amrum auslaufen sollten. Dieses geschah auch. Unter den Rughavener Dampfschiffen befand sich auch der „Maj“ von der Vereinigten Dampfer- und Frachtschiffahrt-Gesellschaft, ein sehr großer und schnell laufender Rettingsdampfer, mit dem Vertreter der Gesellschaft, Kapitän Schöller, an Bord. Dieser meldete abends nach Hamburg, daß sowohl der „Maj“ wie auch die übrigen Rettingsboote die ganze Amrumer Küste abgelaufen hätten, ohne aber auch nur eine Spur von einem gestrandeten Dampfer zu finden. Es sei also anzunehmen, daß der Kapitän des Dampfers unmittelbar vor der drohenden Strandung durch Nachbordmanöver das Schiff zum Wenden gebracht haben müßte und die offene See wieder gewonnen habe. Dadurch sei das Schiff vor der Strandung bewahrt worden.

Ein widerrausener Automobilunfall. Entgegen einer auch von uns getragenen Meldung von einem schweren Automobilunfall mit tödlichem Ausgang auf der Vornaer Chaussee bei Leipzig, meldet das „Leipziger Tageblatt“: In der Nacht zum Sonntag wollte in der Nähe von Eilenheim ein mit vier Offizieren vom Kavallerie-Regiment in Borna besetztes Automobil einem entgegenkommenden Fußwekrt ausweichen und prallte dabei an eine Telegraphenstange und einen Apfelbaum, die beide umgerissen wurden. Die Insassen konnten sich rechtzeitig durch Abspringen retten. Das Automobil stürzte in den Chausseegraben und wurde schwer beschädigt. Während die Offiziere mit dem Schrecken davonkamen, erlitt der Chauffeur mehrere Verletzungen am Gesicht und an den Händen.

Ein Jähresverbrechen in New York. Der neuerwählte Gouverneur von New York Sulzer hat am Freitag den Schweden Brandt begnadigt, der feinerzeit zu dreißig Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, weil er einer Einbruch in dem Hause von Wirtmer Schiff, einem Sohne des millionenreichen Bankiers Jakob D. Schiff, Chef der Firma Kuhn, Loeb u. Co. in New York, verübt haben sollte.

Die Vorgänger des jetzigen Gouverneurs wurden bereits mit Beweisen überhäuft, Brandt zu beanbagen, aber innerpolitische Verwicklungen (richtiger gesagt: Korruption), die man in Europa kaum verstehen kann, hielten sie ab, diese zu beachten. Brandt sollte in dem Hause seines ehemaligen Herrn zur Nachtzeit einbrechen und dort eine Menge Gelder, wertvolle Schmuckstücke gestohlen und Schiff bei feiner Delinquant überfallen

zu haben. Die außerordentlich hohe Strafe lenkte von Anfang an die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Fall. Später wurde es offenkundig, daß Brandt sich nur schuldig bekannt hatte, und den guten Ruf einer Dame des Hauses Schiff zu schützen, und daß Wirtmer Schiff selbst sich anfangs bemüht hatte, die ganze Geschichte zu vertuschen. Man hatte Brandt überredet, sich des Diebstahls schuldig zu bekennen, und ihm eine geringe Strafe in Aussicht gestellt. Statt dessen soll dann der Richter Kofalsky bestrafst worden sein, eine so überaus schwere Strafe zu verhängen. Brandt hat sechs Jahre seiner Strafe verbüßt.

Kofalsky wurde später öffentlich beschuldigt, bestochen worden zu sein. Auch wurden mehrere Attentate auf ihn verübt. Wahrscheinlich wird er sich jetzt, nach dem „N.-A.“, gegen den auf ihm ruhenden Verdacht zu verantworten haben.

Ein pfiffiger Vaterlandsverleugner. Ein Vorfall, wie er wohl einzig dastehen wird, hat sich vor einigen Tagen in Schwelm ereignet. Der Sohn eines Polizeibeamten von dort dient seit Oktober bei einem Artillerieregiment in Bln. Bereits dreimal hatte der junge Mann von seinem Regiment Urlaub erhalten, weil angeblich sein Vater, sein Bruder und seine Schwester kurz hintereinander starben. Stets erhielt er Urlaub. Kürzlich erhielt der junge Krieger plötzlich telegraphisch Nachricht, daß auch seine Mutter gestorben sei. Der Hauptmann der Kompanie fandte Sonntag früh eine Abordnung des Regiments nach Schwelm, die an dem Begräbnis der Mutter des Soldaten teilnehmen sollte. Wer beschrieb aber ihre Erstanen, als sie mit dem Kranz in der Hand in der Wohnung des Soldaten angekommen und von der Mutter selbst empfangen wurden. Es stellte sich nun heraus, daß der junge Vaterlandsverleugner den gestreckten Urlaub verlangt hatte, um etwas Unwesentliches in das einträgliche Kameraden zu bringen. Der junge Krieger wurde von seinen Kameraden zu seinem Regiment nach Bln zurückgebracht.

Neues Schweinefetter. Ein Fleischergehilfe, der von seinem Meister den Auftrag erhalten hatte, in dem Dorfe Preititz bei Baugen von einem Gutsherrn Schweine zu kaufen, legte während des Wegens der Schweine seine mit Papiergeld gefüllte Brieftasche auf eine Kiste in der Nähe des Stalles, in welchem sich noch 20 Schweine befanden. Als er die Brieftasche wieder nehmen wollte, hatten zum nicht geringen Schrecken des Gefellen die Schweine das Papiergeld, Brieftasche und für 1000 Mark Papiergeld zerfressen. Von dem Gelde konnten drei Dundermarkstücke zusammengelegt werden, die auch von der Landwirtschafsbank eingezogen wurden. Ob aber die übrigen 997 Mark eingezogen werden, hängt von der Entscheidung der Bank ab.

Die Breslauer Demokratische Vereinigung.

die vor den Reichstagswahlen äußerst eifrig war, aber nachher nicht mehr vor sich hören ließ, hatte für Montag abend eine öffentliche Versammlung nach dem Café-Restaurant einberufen, die sehr gut besucht war. Nebenher war Herr v. Gerlach, der über das Thema „Krieg und Volkstod“ sprach. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Leiter der Versammlung, Herr Siealing, von den Beschlüssen des fortschrittlichen Preußentages Mitteilung, wonach es die Fortschrittler ablehnen, bei den preussischen Landtagswahlen mit der Sozialdemokratie ein Bündnis abzuschließen und dafür mit den Nationalliberalen Hand in Hand gehen.

Sodann besprach Herr v. Gerlach die Verhältnisse eines Krieges auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Volkes. Schon der Gedanke an einen Krieg wirkt lähmend auf die Produktion. Ein gut Teil Schuld an der ständig drohenden Kriegsgefahr trägt vor allem unsere unfähige Diplomatie. Im allgemeinen gehen wir im Auslande als Kriegslustig, was daher kommt, daß Wilhelm II. zwar friedlich geklungen ist, aber kriegerisch redet. Trotzdem werden bei uns die Rüstungen unausgesetzt fortgesetzt. Eine neue Peeresvorsorge jagt die andere und das Volk muß die Kosten durch erhöhte Lebensmittelpreise zahlen. Für eine Reichserbhöflichkeit ist in Preußen keine Neigung, und deshalb unterbreitet die Regierung dem Reichstage keine dementsprechende Vorlage. Der Reichsfinanzminister, der zugleich auch leider preussischer Ministerpräsident ist, der für eine solche Steuer zu haben ist, mit dessen Billigung wäre es in Preußen vorbei. Deutschland steht nun einmal unter der Herrschaft Preußens. Deshalb sind die preussischen Landtagswahlen so überaus wichtig. Ohne den Willen Preußens kann dem deutschen Reichstage keine Vorlage der Regierung vorgelegt werden, wie das vom Sozialdemokraten Fischer im Reichstage verlesene Aktienstück über die von allen Parteien des Reichstages gewünschte Einführung einheitlicher Wahlurnen beweist. Weil der preussische Minister des Innern dagegen ist, deshalb drückt sich die deutsche Regierung. Ein Segen ist der sogenannte Vertrauensbruch, durch den das fragliche Aktienstück in die Öffentlichkeit gebracht wurde. Das deutsche Volk müsse dankbar sein, einen Blick in die trübe Reichstagsküche tun zu können. Um diese kleine, aber mächtige Junterherren in Preußen zu beiseitigen, muß der Kampf gegen das erbärmliche Dreiklassenwahlrecht konzentriert werden. Unendlich betrübend ist es, daß die Fortschrittler sich weigern, mit den schärfsten Gegnern des jetzt bestehenden Preussenwahlrechts, den Sozialdemokraten, Hand in Hand zu gehen. Anstelle dessen haben die Fortschrittler mit den unwürdigsten Kantonalisten in der Wahlrechtsfrage, den Nationalliberalen, ein Bündnis abgeschlossen, trotz der sehr vernünftigen Wahlparole des sozialdemokratischen Preußentages. Aber auf politische Achtung im Leben etwas gibt, darf für die Dauer nichts verschenken, ohne dafür Gegenleistungen zu erhalten. Dadurch, daß Fortschrittler und Nationalliberale zusammengehen bei den Landtagswahlen, ist der Kampf um das Preussen-Wahlrecht verpufft, es ist ihm die Spitze abgebrochen worden. Die Demokraten wollen mit den Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen Schulter an Schulter kämpfen. Im Gegensatz zu der Jahrhundertfeier und der Feier des Regierungsjubiläums Wilhelms II. steht im Vordergrund der Kampf um die Befreiung der Junterherren in Preußen. Bürger und Arbeiter müssen alle theoretischen Auseinandersetzungen verlagern und gemeinsam den Kampf gegen die preussische Junterherrenschaft aufnehmen.

Für seine trefflichen oft mit beispielender Satzre gewürzten Ausführungen, erntete Herr v. Gerlach lebhaften Beifall. Nachdem ein Diskussionsredner in zustimmendem Sinne gesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die von der Demokratischen Vereinigung zu Breslau einberufene stark beachtete Volks-Versammlung erblickt angeekelt der offiziell neuerdings festgestellten Tatsache, daß die deutsche Politik vom preussischen Ministerium bestimmt wird, in der Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen die wichtigste Aufgabe der inneren Politik. Zur Erreichung dieses Zieles muß sich das freigewählte Bürgertum im Gegensatz zu den Beschlüssen des fortschrittlichen Preußentages gegen und Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie anstreben.

Ein Mordakt. Am Montag früh zwischen vier und fünf Uhr wurde in Köln in der Stammheimerstraße der Wäckermeister Gerhard Sieger durch das Gebell seines eigenen Hundes aus der Schlafzimmertür gelockt. Er begab sich in den Hausflur, und als er klopfen an der Haustür hörte, öffnete er. In diesem Augenblick wurde er von einem Manne überfallen und erhielt in mehrere Wessertische in die Brust, so daß er sofort tot war. Der Täter flüchtete. Die Kriminalpolizei hat sofort mit mehreren Polizeihunden die Spur des Täters ausgenommen und die Umgebung abgesehen. Bisher leider ohne Erfolg. Man vermutet, daß es sich um einen Mordakt handelt. Der Wäckermeister war 32 Jahre alt und Vater zweier Kinder.

Eifersuchtstakt einer Tänzerin. In einem Variete in Düsseldorf spielte sich in der letzten Nacht zum Montag eine Eifersuchtstragödie ab. Dort gab eine französische Tänzerin mehrere Revolverkugeln auf ihren Liebhaber ab, auf den sie eifersüchtig war. Sie verletzte ihn schwer am Arm und brachte sich dann eine Schußverletzung am Kopf bei. Beide Verwundete wurden ins Krankenhaus gebracht.

Ein vierzehnjähriger Einbrecher Selbstmordver such. In München stürzte sich ein vierzehnjähriger Einbrecher, der von der Polizei verfolgt wurde, von einer 20 Meter hohen Eisenbahnbrücke herab und blieb auf einer Sandbank mit schweren Verletzungen liegen. Er erlitt einen Schädelbruch und wurde in die chirurgische Klinik eingeliefert.

Die Oberrheinreise des „Graf J. I.“ Das neue Militär-Luftschiff „Graf J. I.“, das am Montag früh um 9.30 Uhr zur Überführung nach Baden-Ost aufgestiegen ist, landete dort um 1.30 Uhr nach einer annähernd sechsstündigen Fahrt. Die Fahrt ging über Oberdorf und Freudenstadt über den Schwarzwald, wobei das Schiff eine Höhe von 2.000 Meter erreichte. Es hatte mehrere Stunden lang mit starkem Gegenwind und heftigem Schneegestöber zu kämpfen, trotzdem hielt sich das Luftschiff sehr wacker einige Stunden lang in dieser großen Höhe von über 2.000 Metern.

Wachmann der Reichswehr. Aus Genan wird gemeldet: 20. Januar. Der Typus hat im Eisenbahnenamt Nr. 3 des H. D. Oberpräsidenten, indem der Schriftführer aus Baden in Düsseldorf gestorben ist. Der Amtsbescheid beträgt per 12. Der kommandierende General des 18. Armeekorps war heute hier, um sich über den Stand der Kräfte zu unterrichten.

Stellung der Reichswehr des schwebenden Dreimast. Der Kapitän des schwebenden Dreimastes „Sant“, der oben Mannschiff im Meer treibend aufgefunden und nach Dänemark eingeschleppt wurde, hat sich nunmehr dort aufgelöst. Er hat das Schiff in stürmischen Verhältnissen mit seinen Besatzung verlassen und war von einem deutschen Dampfer aufgenommen und nach Kopenhagen gebracht worden.

Samstagabend der „Brennerei.“ Offiziell wird erklärt, daß die Zeit für die Durchführung des Kampfes „Brennerei“ im allgemeinen 13. Januar, während anderen noch 14. Januar verlegt an Sam und in das Hospital gebracht werden.

Für diese Resolution stimmten auch, wie der Leiter der Versammlung ausdrücklich feststellte, auch die anwesenden eingetragenen Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei.

Zum Schluß gab Herr v. Gerlach, der erst kürzlich von einer längeren Afrika-Reise zurückgekehrt ist, auf Wunsch noch einige recht interessante Ausführungen über unsere Kolonien und unsere Politik in denselben. Als dringend notwendig bezeichnete er die Forderung von mehr Menschenrechten für die Bewohner der Kolonien und mehr kaufmännischen Geist in der Verwaltung. Auch für diese Ausführungen war die Versammlung dem Vortragenden dankbar.

Wie mache ich meine Steuereinschätzung?

Im Preussischen Landesverein für Frauenstimmrecht sprach am Freitag, den 17. d. Mis., Dr. phil. Clara Perls über die Frage: „Wie mache ich meine Steuereinschätzung?“ Nach einigen einleitenden Worten über den bet uns in Preußen gar engen Zusammenhang zwischen Stimmrecht und Steuereinschätzung und Steuerzahlen, berichtete sie über die Grundzüge, wonach in Preußen die Steuereinschätzung eines Vermögens und Einkommens zu geschehen hat, und gab dann an der Hand eines Vermögens- und Einkommenssteuererklärungsformulars eine Anleitung, wie man seine Steuereinschätzung zu machen hat. Sie kam dabei auch auf die Frage der Steuerhinterziehungen zu sprechen und betonte, aus der Statistik gehe auch hervor, daß die verhältnismäßige Zahl der Beanstandungen von Steuererklärungen auf dem platten Lande, trotzdem hier die Landräte die Vorsitzenden der Steuerveranlagungskommissionen sind, viel größer als in den Städten ist. Und, was als ein ganz besonderes Zeichen häufiger Untererklärungen anzusehen ist, vor allem haben die Beanstandungen hier bedeutend größere Erfolge, das heißt sie sind zu einem viel höheren Prozentsatz berechtigt, als in den Städten. Am Schluß ihrer Ausführungen hob die Vortragende noch besonders hervor, wie jeder ehrliche Staatsbürger, der sein Einkommen und Vermögen der Steuerbehörde immer wahrheitsgemäß angibt, unter den Steuerhinterziehungen der nicht Ehrlichen zu leiden habe, da der sich aus den Steuerhinterziehungen ergebende Steuerausfall nur durch die Erhöhung der Steuerföge ausgeglichen werden kann. Nach einer Erklärung des hiesigen Nationalökonomischen Professor Julius Wolf könnte durch Einführung der Selbstdeklaration auch in die Ergänzungsteuer, und andere Zusammenfassung der Einkommensteuer-Einschätzungskommissionen auf dem Lande, das heißt vor allem Ersetzung des Landrats als Vorsitzenden der Steuerveranlagungskommissionen durch besonders dazu bestellte Regierungskommissionäre, eine Steigerung allein der Einkommensteuererträge um ungefähr 20 Prozent, also um 60 bis 70 Millionen Mark, erreicht werden, abgesehen von der Erhöhung, die auch der Ertrag der Vermögenssteuer alsdann erfahren würde. Ein großer Teil, vielleicht sogar die ganzen Einkommensteuerzuschläge, würden dadurch überflüssig werden.

Weibliche Schöffen.

Es wird uns geschrieben:

Die letzten Reichstagsverhandlungen über die Neuregelung des Verfahrens gegen Jugendliche haben die Frage der weiblichen Schöffen wieder in den Vordergrund gestellt. Sowohl die nationalliberale Partei wie die Sozialdemokratie hat sich zunehmend zur Heranziehung der Frauen als Schöffen geäußert.

In einer großen Anzahl von Eingaben forderten die Frauen bereits die Zulassung zum Schöffenamt vom Reichstage. Bei der jetzigen Zusammenfassung des Reichstages erscheint es ja nicht ganz ausgeschlossen, daß die Mehrzahl der Abgeordneten für die Zulassung der Frauen eintreten werden. Leider sind aber im Lande die Vorurteile vor der Mitarbeit der Frau im Schöffenamt noch so groß, daß es einer ausgedehnten Agitation der Frauen bedarf, um die einsichtigeren Männer davon zu überzeugen, daß bei den Jugendgerichten die Mitarbeit der Frau ganz unentbehrlich ist.

Die Zulassung der Frauen zum Schöffenamt ist schon deshalb notwendig, weil die in den Großstädten jetzt so segensreich wirkende Jugendgerichtspflege in den kleinen Städten nur sehr schwer Eingang findet, vielfach garnicht eingerichtet ist und wie die Verhältnisse liegen, auch auf absehbare Zeit schwerlich ebenso wie in Breslau eingerichtet werden kann.

Wo aber keine Jugendgerichtshilfe eingeführt wird oder eingeführt werden kann, ist der Frauenetruß bei der Erziehung der kraftbaren Jugend, die ja allgemein als unentbehrlich bezeichnet wird, nur durch die Mitarbeit der Frauen als Schöffen zu erreichen. Wir Frauen haben auch erkannt, besonders bei Eittlichkeitsbergehen sind die Ansichten des Mannes meistens weit von den Ansichten der Frauen abweichend; in solchen Fällen tritt nur zu klar hervor, auch bei der Beurteilung herrscht bis zu einem gewissen Grade eine Geschlechtsjustiz. Wie sehr die Frauen beim Verurteil und vor allem die jugendlichen Mädchen unter diesem Verurteil gegen das weibliche Geschlecht zu leiden haben, kann nur der erkennen, der wiederholt bei Gerichtsverhandlungen über Eittlichkeitsbergehen anwesend war. Bisher war es auch in ganz Deutschland üblich, Kinder, wenn sie als Zeugen auftraten, in solchen Verhandlungen, bei denen die Offenheit ausgeschlossen war, zugegen zu lassen und erst in einigen wenigen Städten, wo die Jugendgerichtshilfe eingeführt ist, hat man auf Antrag der Frauen die als Zeugen geladenen Kinder sofort nach der Vernehmung entlassen. In den meisten Städten, wo keine Jugendgerichtshilfe eingeführt ist, werden sie aber wahrheitsgemäß weiter ruhig auf der Jugendbank sitzen, während über Eittlichkeitsbergehen verhandelt wird. Welchen großen sittlichen Einfluß könnten hier die Frauen als Schöffen ausüben; handelt es sich ja bei der Jugendanklage von Kindern nicht nur um die Verhandlungen von Jugendlichen, sie ist leider auch bei Bergehen von Erwachsenen häufig nicht zu vermeiden. Die folgenden Worte: „Wißt Du wissen, was sich ziemt, so frage nur bei eiden Frauen an“, müssen nicht nur theoretisch angewandt sein, auch ins Leben übertragen werden; in unserem Falle muß also die Zulassung der Frauen als Schöffen durchgeführt werden. Halbe Arbeit, wie sie die jetzige Konstitution der Jugendgerichtshilfe darstellt, kann auch nur halbe Erfolge zeitigen. Alle, die diese Frage berührt, sollten der Versammlung des Vereins „Frauenwahl“ im Magdalena-Spinnasium Sonntag den 23. Januar beizutreten.

Überschreitung des Zuchtungsrechts.

Der Lehrling St. Naage im Bestande seines Vaters gegen den Justizrat W. auf Lösung des Lehrvertrages und Erhöhung von 200 Mk. Lehrgeld. Es wurde behauptet, der Lehrling sei wiederholt mißhandelt worden. Der Lehrling sollte das Mißhandlungsrecht erheben. Das ging aber garnicht beim Lehrling, denn er ist kein Mißhandelter. Zum Beweise, daß der Lehrling über Mißhandlung geklagt worden sei, berief sich der Vater auf den Kgl. der seinen Sohn behandelt hat. Der Lehrling Meißner beantragte, die Klage abzuweisen; er erhebt kein Mißhandlungsrecht. Das Zuchtungsrecht ist in keiner Weise überschritten worden. Mit einem Mißstand habe der Junge dieses Schicksal auf das Mißhandlungsrecht bekommen; von einer Mißhandlung könne nicht die Rede sein. Der Lehrling Meißner, Lehrling geklagt worden zu sein und beantragte die Verneinung des Mißstandes. Dem Lehrling wurde auch entprochen. Der Lehrling Meißner, der Lehrling Meißner wurde er haben keinen Anstand und das er darüber klagen, was immer er tun will.

Von einem Stöße Wanken die Felle nicht herabziehen, der Junge muß mit einem schweren Gegenstande geschlagen worden sein. Erst nach 14 Tagen seien die Spuren des Schläges geschwunden. Nach längerer Beratung entschied das Gewerbegericht, daß der Verklagte das Zuchtungsrecht überschritten hat und aus diesem Grunde der Lehrvertrag als gelöst zu betrachten ist. Mit der Mehrforderung, nämlich der Zurückzahlung der 200 Mk. Lehrgeld wurde der Kläger jedoch abgewiesen. Zu dieser Forderung sei nicht der Lehrling, sondern nur der Vater berechtigt. Der Vater kann jedoch den Anspruch nicht vor dem Gewerbegericht erheben, sondern müßte sich damit an das ordentliche Gericht wenden. Es ist das erste Mal, daß an dem Breslauer Gewerbegericht ein solches Urteil gefällt wurde.

Stadttrawahlen. Die Stadtverordnetenversammlung hat in diesem Jahre noch zwei Stadttrawahlen vorzunehmen. An Stelle des Herrn Richter, der sein Amt wegen hohen Alters niederlegt, ist ein unbesoldeter Stadttraw zu wählen, und für Herrn Peterson, der im Oktober 1913 in den Ruhestand treten will, ein besoldeter Stadttraw.

„Schleifische Urania.“ Die wichtigste geographische Unternehmung der letzten Zeit ist die esfolagelönte Entdeckung des Südpols durch Roald Amundsen. Der Entdecker ist von den wissenschaftlichen Vereinigungen aller Länder mit Ehren überschüttet worden und hat u. a. auch in Deutschland einige Vorträge über seine Entdeckungsfahrt gehalten, die aber nur gegen sehr hohes Eintrittsgeld zugänglich waren. Auch das zur Weihnachtszeit erschienenen Werk über den Vorlauf der Expedition ist sehr teuer (über 20 Mk.). Die fühne Forschungsreise verdient es aber, weitesten Kreisen darzustellen zu werden, bietet sie doch, ganz abgesehen von dem vortrefflich belehrenden, fesselnden Interesse und Unterhaltenden, daß sie in ihrem Verlauf einem spannenden Roman gleichet.

Der auch hier sehr bekannte Reiseschriftsteller W. Künze, Düsseldorf, hat nun für Deutschland das Kleinere recht erworben, über die Entdeckung des Südpols die wichtigsten Vorträge zu halten, und zwar jetzt er genau die gleichen Bilder, nur künstlerisch koloriert, die Amundsen selbst vorgeführt hat, und auch dem Vortrag liegen Amundsen-Aufzeichnungen zu Grunde. Er wird mit künstlerischer Meisterhaft gesprochen, wie hunderte von Leistungen d. h. bei den bisherigen Vorträgen bestätigt haben.

Ein dazwischen Vortrag wird im Saal der „Schleifischen Urania“ am Dienstag, den 21. d. Mis., zu den in der Sonntagsausgabe veröffentlichten billigen Preisen gehalten. Vorverkauf findet im Verkehrs-Bureau Warasch statt.

Ein kleiner Schwindel. Am Montag, abends nach 7 Uhr, bildete sich auf dem Königsplatz ein ziemlicher Menschenauflauf. In einem Laternenpfahl in der Mitte des Platzes lehnte ein etwa sechszehnjähriger, ärmlich gekleideter Knabe ohne Kopfbedeckung, der durch sein lautes Weinen die Umstehenden teilnahmsvoll stimmte. „Der Kleine hat eine Mark verloren“, belehrte ein Postbeamter die sich angesammelten Menschen, und strich dem Knaben mitleidsvoll die Wangen. Eine wohlwollige Frau war im Begriff, ihrem Portemonnaie ein Geldstück zu entnehmen und es dem Jungen zu reichen. Daselbe hätten wohl auch andere Leute getan, jedoch der Knabe seine angeblich verlorene Mark bald ersetzt bekommen hätte. Ein junger Mann fragte jedoch zuvor den kleinen Verlierer nach seiner Wohnung und dem Zweck des Einkaufs. Stammelnd verlegte der Knabe, er wohne auf der Weißherbergstraße. Seine Mutter hätte ihn ausgeschickt, ein Pfund Zucker beim Kaufmann zu holen. Da in der Nähe der Weißherbergstraße andere Geschäfte auch Zucker verkaufen, und der Knabe gewiß nicht nötig hatte, bis auf den Königsplatz zu gehen, erschien diese Angabe mit Recht sehr fragwürdig. Einem Schutzmann gab der Junge auf die Frage, wo er eigentlich das Geld verloren habe, eine ausweichende Antwort und entfernte sich dann rasch über die Nikolaistraße. Zweifellos handelte es sich um einen Schwindel, den der Knabe aufführte, um die Wohlwolligkeit vorüberkommender Menschen zu mißbrauchen. Es kommt gewiß oft genug vor, daß Kinder das Geld zum Einkauf verlieren und vor Angst und Bestürzung in lautes Weinen ausbrechen. Der vorstehende Fall zeigt jedoch, wie nötig es ist, erst genau zu fragen, ehe man den Kindern den Schaden aus der eigenen Tasche wieder gut macht, was ja an sich durchaus zu loben ist.

Schutz der Kinder kranken Familien. Zum ersten Male sind in den Stat der Stadt Breslau 10.000 Mark eingestellt, die den gesunden Kinder kranken Eltern in geeigneten Pflegestellen unterbringen zu können. Wenn der sehr dankenswerte Versuch gelingt, dann wird dieser Betrag allerdings erheblich erhöht werden müssen, wenn auch nur ein kleiner Teil der Kinder jener 603 Familien untergebracht werden sollen, die im Jahre 1911 zum Beispiel in der Fürsorgestelle für krankenfranke behandelt wurden.

Die Weibliche für stinkende Mütter. die im Vorjahre auf 18.800 Mark veranschlagt war, wird 1913 6200 Mark mehr erfordern, nämlich 25.000 Mark. — Ebenso steigt die Ausgabe für die Unterbringung Trunksüchtiger, die von der Armenverwaltung gedeckt wird, von 12.000 Mark auf 15.000 Mark. — Der Zuschuß für die Waisenkinder verringert sich um 2400 Mark.

Konkurs eines Bierverlegers. Der Bierverleger Karl Wilhelm Heine gründete im Jahre 1888 auf dem Grundstück Gubenstraße 24 einen Bierverlag mit einem Betriebskapital von 2000 Mk. Er vertrieb Gräber, Münchener und Kulmbacher Biere. Vor mehreren Jahren ließ Heine bauen, was ihm einen großen Mietsaufschlag brachte. Dazu kamen andere geschäftliche Schwierigkeiten, Krankheit in der Familie, wodurch er immer mehr in Verbindungen geriet. Am 20. Dezember 1912 sah er sich schließlich veranlaßt, den Konkurs anzumelden. Am Montag versammelten sich die Gläubiger vor dem hiesigen Amtsgericht, wo der Konkursverwalter über die gegenwärtige Lage berichtete. Danach beträgt das Vermögen 332.800 Mk., die Schulden belaufen sich auf 368.685 Mk. bei einer Unterbilanz von 35.887 Mk. Die Gläubiger mit nicht bevorrechtigten Forderungen dürften 9 Prozent Dividende erhalten.

Verbotene Kinderarbeit. Eine Schneiderin hatte die noch nicht 13 Jahre alte Tochter einer Näherin in ihrem Betriebe mit Botengängen und anderen Dienstleistungen beschäftigt. Die tägliche Arbeitszeit des Kindes währte drei bis vier Stunden. In diesem Alter dürfen Kinder nach den Bestimmungen des Gesetzes überhaupt nicht beschäftigt werden. Eine Ausnahme machen die eigenen Kinder von armer, erwerbenden Personen; jedoch unterliegt auch die Beschäftigung eigener Kinder der bei bedingten Anmeldung, damit ihnen eine Arbeitstarke ausgestellt werden kann. Im vorliegenden Falle mußte sich außer der Schneiderin auch die Mutter der beschäftigten Kindes vor dem Schöffengericht wegen Beihilfe verantworten, da sie nichts getan hatte, um die ungesetzliche Beschäftigung des Kindes zu verhindern. Das Urteil lautete gegen beide Frauen auf je 3 Mark Geldstrafe.

Auf einen eigenartigen Schwindel verlegte sich die vielfach verheiratete Arbeiterfrau Auguste Kienast, um das Mißlich weicherer Frauen zu erwecken. Sie hatte sich wertlos Messingringe gekauft, von denen sie immer einen als Trauring am Finger trug. Wenn sie dann eine ihr vorkommende Frau gefunden hatte, so erzählte sie eine rührende Geschichte von ihrer bitteren Not, die sie zwinne, sich von ihrem bisher durch alles Glend hindurch gereizten Trauring zu trennen und hat ihn für ein kleines Darlehen als Pfand annehmen. Es gelang ihr, auf diese Weise von zwei Vorstandsmitgliedern fünf und acht Mark, von einer Lehrerin sogar vierzig Mark zu erlösen. Sie endlich der Frau annehmen wurde. Die